



Herfried Münkler, Eva Marlene Hausteiner (Hg.)

DIE LEGITIMATION VON IMPERIEN

Strategien und Motive im 19. und 20. Jahrhundert



campus

Die Legitimation von Imperien

Herfried Münkler ist Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Eva Marlene Hausteiner ist dort wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sonderforschungsbereich »Transformationen der Antike«.

Herfried Münkler
Eva Marlene Hausteiner (Hg.)

Die Legitimation von Imperien

Strategien und Motive im 19. und 20. Jahrhundert

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39784-9

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2012 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: © Great Seal of the United States

Satz: Marion Jordan, Heustenstamm

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Einleitung	7
<i>Herfried Münkler und Eva Marlene Hausteiner</i>	
Selbstvergleich und Selbstbehauptung: Die historische Imagination imperialer Eliten	15
<i>Eva Marlene Hausteiner</i>	
Translation, Filiation und Analogiebildung: Politische Legitimation und strategische Reflexion im Spiegel vergangener Imperien	34
<i>Herfried Münkler</i>	
Wie legitimierten sich multiethnische Empires im langen 19. Jahrhundert?	70
<i>Jörn Leonhard</i>	
Ein liberales Weltreich? Westeuropäische Diskurse im 19. Jahrhundert	94
<i>Benedikt Stuchtey</i>	
Das Motiv der Zeit bei der Legitimation von Kolonialimperien: Die Briten (und Römer) in Jemen, Kongo und China, 1899–1951	110
<i>Christian Lekon</i>	
Augusteische Schwelle als Herrschaftsrationalisierung? Zum Verhältnis von Herrschaftsaufwand und politischer Stärke imperialer Herrschaft	131
<i>Daniel Hildebrand</i>	
Carl Schmitts blinder Fleck: Zur absoluten Feindschaft aus imperientheoretischer Perspektive	145
<i>Andreas Lotz</i>	

Imperiale Freund-Feind-Unterscheidung und die Theologie Reinhold Niebuhrs	173
<i>Mathias Eichhorn</i>	
Imperiale oder Internationale Beziehungen? Imperiumszyklische Überlegungen zum jüngeren American-Empire-Diskurs	194
<i>Sebastian Huhnholz</i>	
Autorinnen und Autoren	231
Dank	234
Register	235

Einleitung

Herfried Münkler und Eva Marlene Hausteiner

Von einem *imperial turn* in den Sozial- und Geisteswissenschaften zu sprechen (Burton 2003), hieße, eine lange Forschungsgeschichte der Beschäftigung mit Imperien zu unterschätzen, die von den frühen Imperialismustheorien über die postkolonialen Studien bis zu den jüngsten globalhistorischen Ansätzen reicht. Wie diese Aufreihung freilich zeigt, handelt es sich hier keineswegs um eine lineare Wissenschaftstradition: An den Imperien, ihrer Definition, Analyse und normativen Bewertung scheiden sich seit jeher die Geister, wobei sich durchaus unterschiedliche Konjunkturen des Interesses feststellen lassen. Das jüngere Interesse an imperialen Ordnungen ist also keine Wende hin zu einem neu entdeckten Gegenstand, sondern eine Wandlung und Weiterentwicklung der Perspektiven, die durch neue empirische und normative Herausforderungen globaler Politik hervorgerufen wird: Eine transhistorische (z.B. Münkler 2005), globalgeschichtliche (z.B. Osterhammel 2009) und typologisierende Beschäftigung mit Imperien (z.B. Maier 2006) als spezifische politische Ordnungsform hat in den vergangenen Jahren an Auftrieb gewonnen und beträchtlich zum Verständnis ihres Funktionierens, historisch wie strukturell, beigetragen. Politische Entwicklungen – nicht zuletzt die Einsicht, dass angesichts der Erosion westfälischer Formen von Staatlichkeit ein lange dominantes Ordnungsmodell seine umfassende Brauchbarkeit eingebüßt hat bzw. diese nie besaß und dass neue Ordnungsbegriffe, etwa des globalen Regierens, diese Lücke nicht füllen können – haben diese Perspektivänderung befördert und so eine Möglichkeit eröffnet, der politischen Wirklichkeit mit neuen Orientierungskonzepten beizukommen.

Während die stetig wachsende Literatur über Imperien in den vergangenen Jahren also Entscheidendes zur Erforschung der Struktur, Dynamik, Interaktion und Leistungsfähigkeit von Imperien aus verschiedenen historischen Epochen erbracht hat, stehen systematische Überlegungen zu den Legitimationsstrukturen und -strategien imperialer Ordnungen weitgehend

aus. Zwar ruhen die klassischen Imperialismustheorien seit John Atkinson Hobsons *Imperialism. A Study* aus dem Jahr 1902 wie auch neuere Befunde der postkolonialen Studien auf der Annahme einer generellen Illegitimität imperialer Herrschaft, deren Rhetoriken und Repräsentationen entsprechend ideologiekritischen Dekonstruktionen unterzogen werden. Versuche einer darüber hinausgehenden Typologisierung und Kontextualisierung von Legitimationsstrategien bleiben dagegen weiterhin ein Desiderat – insbesondere, wenn es um die Analyse von Imperien der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart wie dem American Empire, China oder der Europäischen Union geht, deren Definition weiter umstritten ist. Dabei ist die Frage der Legitimität und Legitimation als Grundvoraussetzung jedweder politischen Ordnung auch und gerade für Imperien von zentraler Bedeutung.

Dass Imperien unter einem erhöhten Legitimationsdruck stehen angesichts ihres hierarchischen Politikstils, ihrer häufigen Gewalttätigkeit und ihrer ungleichen Kostenverteilung zwischen Zentrum und Peripherie, macht die Auseinandersetzung mit den Strategien imperialer Herrschafts- und Deutungseliten zur Stabilisierung und Rechtfertigung ihrer Herrschaft unerlässlich – zumal das Zeitalter der Imperien, anders als lange vermutet, nicht vorbei ist. Während kleinräumige Ordnungen von der Annahme profitieren, natürlich gewachsen und kollektiv evident zu sein, gilt dies für großräumige Ordnungen nicht (Münkler 2005: 127; vgl. auch Hausteiner in diesem Band). Doch die Notwendigkeit der Rechtfertigung von imperialer Herrschaft gegenüber ihren Kritikern, ihren Eliten und den beherrschten Bevölkerungen ergibt sich nicht nur aus ihrer Dimensionierung: Der expansive Charakter von Imperien, ihre als Instabilität verkennbare Dynamik, ihr missionarischer und universeller Anspruch sind historisch konsistent mit dem Mangel an breiter Partizipationsmöglichkeit der Bevölkerung und mit Zwangsmaßnahmen verbunden. Volatilität und Gewaltträchtigkeit erfordern ständige Rechtfertigung, um ein Imperium zu stabilisieren: »Um die vom Zyklus des Aufstiegs und Zerfalls, gleichfalls von Skandalen, Krisen und Rückschlägen geprägte Ordnung eines jeden Imperiums zu rationalisieren, [muss] sie vom ›Zentrum‹ aus verrechtlicht und ideologisch und kulturell überhöht werden« (Stuchtey 2010: 18). In der historischen Rückschau ergibt sich der angesichts der hohen humanitären Kosten der Imperienherrschaft zunächst erstaunliche Befund einer enormen Dauerhaftigkeit imperialer Ordnungen, wie sich etwa mit Blick auf Rom, das British Empire und China feststellen lässt, die sämtlich mehrere imperiale Entwicklungszyklen durchlaufen konnten (vgl. etwa Burbank/Cooper 2010). Dies ist sicher nicht allein

auf die Effizienz imperialer Legitimationsstrategien zurückzuführen, ohne sie aber auch kaum denkbar.

Die von Max Weber aufgestellte Typologie der legitimatorischen Begründungsformen von Herrschaft (Weber 1980 [1921]: 122ff.) – immer noch für jede Analyse politischer Legitimation der evidente Ausgangspunkt – kann für die folgenden Überlegungen zur Legitimation von Imperien zweierlei in Erinnerung rufen. Zum einen führt Weber ganz grundsätzlich vor, dass sozialwissenschaftliches Nachdenken über die Legitimität mit solchen Grundlagen beginnen kann und sollte, die noch keine normative Bewertung implizieren, sondern das politisch-soziale Phänomen der Begründung und Akzeptanz von Herrschaft zunächst vermessen: Legitimitätsglaube impliziert noch keine herrschaftsinhärente Legitimität und muss dies auch nicht. Zum anderen lassen sich, so Weber, anhand der unterschiedlichen Arten des Legitimitätsglaubens dreierlei Legitimitätsgeltungen und also Erscheinungsformen politischer Herrschaft unterscheiden, wobei diese Zuordnung rein idealtypischen Charakter hat. Das bedeutet, dass Formen der Legitimierung konstitutiv mit bestimmten politischen Herrschaftsformen korrelieren, dass aber in der politischen Realität gewöhnlich Mischformen anzutreffen sind. Entsprechend sind Imperien für bestimmte Varianten der Legitimation prädestiniert – doch historisch wie in der Gegenwart hat der Beobachter es mit komplizierteren Gemengelagen zu tun, in denen sich einerseits imperiale Strukturen mit denen des Flächenstaates oder anderer supranationaler Ordnungen überlagern, und in denen andererseits auch unterschiedliche Motive und Narrative der Legitimation je nach aktueller Herausforderung an das Imperium und seine Eliten in immer neuen Mischverhältnissen auftreten.

Dass die Legitimierung politischer Herrschaft also ein fortlaufender, unkämpfter Prozess ist, in dem sich die zu rechtfertigende Ordnung stets und vor allem seit dem 19. Jahrhundert gegen Alternativen und gegen ihre Kritiker zu behaupten hat und immer wieder redefiniert (Kielmansegg 1997 [1971]: 68), zeigt sich in Imperien in besonders ausgeprägtem Maße. Nicht umsonst ist die Analyse imperialer Ordnungen historisch aus der Imperialismuskritik entstanden. Das Erfordernis imperialer Rechtfertigung erwächst aber nicht allein aus den Anfechtungen der Imperiumsgegner, sondern auch aus der Notwendigkeit, imperiale Eliten langfristig in die Pflicht zu nehmen und ihre Loyalität zu binden: In Bezug auf flächenstaatliche, demokratische Gesellschaften konstatiert Peter Graf Kielmansegg, dass für die Stabilität eines politischen Systems vor allem die Legitimitätsüberzeugungen und die damit verbundenen »Verhaltenskodizes« von »Führungsminderheiten« aus-

schlaggebend seien (ebd.: 92f.). Imperien sind in ungleich höherem Maße von Eliten im Zentrum sowie von kooptierten Lokaleliten gesteuert, wobei insbesondere die Entscheidungseliten im Kern des Imperiums ihre je eigenen kurzfristigen Partikularinteressen zugunsten der langfristig relevanten imperialen Räson überbrücken müssen, um ihre Herrschaftsfunktion zu erfüllen. Sind sowohl Imperiumskritiker als auch die tragenden Entscheidungseliten zentrale Adressaten imperialer Legitimation, so erfüllen die imperialen Deutungseliten häufig die Funktion der Autorschaft legitimierender Argumente und Narrative (vgl. Münkler 2005: 134). Dass imperiale Rechtfertigung dabei nicht immer strategisch platzierte Rhetorik mit Täuschungsabsicht sein muss, hat sogar der Ideologiekritiker Hobson festgestellt (1972 [1902]: 206): Die Langfristigkeit imperialer Legitimationsmuster bewirkt auch, dass bestimmte Rechtfertigungstraditionen, wie etwa die Idee imperialer Translation oder auch sakralisierte Vorstellungen imperialer Mission, eine beträchtliche Eigendynamik entwickeln können, der sich die jeweiligen Deutungs- und Entscheidungseliten verpflichtet sehen.

Aus diesen strukturellen Bedingtheiten ergibt sich eine Reihe von Motiven und Strategien imperialer Rechtfertigung, die sich aus transhistorischer Perspektive immer wieder beobachten lassen. Gebraucht man die politikwissenschaftliche Gegenüberstellung von Input- und Outputlegitimation (vgl. etwa Kielmansegg 1997 [1971]: 86; Scharpf 1999), ist im Falle von Imperien das Argument der Generierung öffentlicher Güter von besonderer Bedeutung: Imperiale Leistungsgarantien wirken kompensierend für das Fehlen partizipatorischer Beitragsmöglichkeiten, wobei diese Leistungen ein breites Spektrum abdecken können. Von Wohlstands- über Sicherheitsgenerierung bis hin zur Garantie von Infrastruktur, Marktwirtschaft und Menschenrechten figuriert eine Reihe von Leistungsversprechen als Rechtfertigung imperialer Herrschaft; die Kosten-Nutzen-Bilanz wird den jeweiligen Adressaten in diesen Aufrechnungen stets als positiv präsentiert, unabhängig von den tatsächlichen, vielleicht unsichtbaren Kosten des imperialen Regimes. Die Vorstellung eines imperialen Friedens deckt in ihrem historischen Gebrauch – von der *Pax Romana* bis hin zur *Pax Americana* – eine ganze Reihe solcher Leistungsversprechen ab, von Konfliktbefriedung über Zivilisierung bis hin zur Schaffung von Wohlstand, und ist damit eines der einflussreichsten legitimatorischen Argumente der Imperien Geschichte (vgl. Parchami 2009; Münkler 2005: 128ff.). Die Umfassendheit der Ordnungsversprechungen, die im *Pax*-Begriff kondensiert, weist bereits auf eine weitere Dimension imperialer Legitimation hin: Imperien präsentieren sich häufig nicht nur als

Ordnungstifter, sondern auch als gleichsam sakralisierte Agenten einer höheren Mission. Aus der Berufung auf eine imperiale Mission erwachsen sowohl exzeptionalistische als auch universalistische Ansprüche: Reiche mit imperialer Ambition beziehen legitimatorische Kraft aus der Behauptung ihrer politischen und welthistorischen Einzigartigkeit. Dass Imperien in dieser sakralisierten und universalistischen Selbstreflexion keine gleichberechtigten Konkurrenten und kein nicht-imperiales Außen dulden, erschwert eine konturierende Abgrenzung von Gegnern oder Feinden, die für politische Ordnungen unterschiedlichster Fassung ein effektives Instrument zur Stiftung kollektiver Identität und zur Rechtfertigung von Herrschaft darstellt. Doch obgleich Imperien ohne den Anspruch kollektiver Integration auskommen, verweisen ihre Eliten seit der Antike auf die »Barbaren« an den imperialen Grenzen als einen gefährlichen, wenngleich nicht ebenbürtigen Feind (vgl. Münkler 2008): Würden sie obsiegen, wäre dies das Ende der bekannten Welt. Imperien wird somit eine bewahrende bzw. katechontische Funktion zugeschrieben.

Diese Reihe von Motiven und Argumenten werden von Imperien und imperialen Anwärtern je nach politischer Herausforderungslage im Inneren und Äußeren in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlichen Kombinationen aufgerufen, wobei sich in der *longue durée* bestimmte Konjunkturen ausmachen lassen. Eine dieser Bruchlinien in der Tradition imperialer Legitimationsmuster verläuft im 19. Jahrhundert und stellt imperiale Eliten seitdem vor immer neue Herausforderungen in ihrer Selbstreflexion und ihrer imperialen Rechtfertigung: Obgleich das 19. Jahrhundert maßgeblich von imperialer Politik geprägt, also ein Jahrhundert der Imperien war (Osterhammel 2009: 603), wird hier die Auseinandersetzung mit konkurrierenden Ordnungsmodellen wie der Nation virulent und problematisch (Leonhard/von Hirschhausen 2009 sowie der Beitrag von Jörn Leonhard in diesem Band). Die Konkurrenz um Geltung zwischen Nationalismus und Imperialismus, vor allem aber zwischen der demokratischen Idee der Volkssouveränität und der Attraktivität von Kolonialreichsbildung erfordert eine Reformulierung und Neuerfindung imperialer Legitimierungsmöglichkeiten.

Dass eine Systematisierung dieser Muster und Entwicklungen auf eine Untersuchung ihrer historischen Erscheinungsformen angewiesen ist (vgl. Leiter 2011: 131ff.), deutet dieser kurze Aufriss bereits an: Nur eine geschichtswissenschaftlich und ideengeschichtlich informierte Politikwissenschaft und eine politiktheoretisch interessierte Geschichtswissenschaft können der Fra-

ge nach den historischen und idealtypischen Formen imperialer Legitimierung mit den richtigen Instrumenten und Methoden beikommen – der Idealfall ist eine Kooperation beider Disziplinen. Diesem Unterfangen widmete sich die Tagung »Strategien imperialer Legitimation und Integration« an der Berliner Humboldt-Universität im November 2011, auf der sich Historiker und Politikwissenschaftler theoretischen Strukturierungsversuchen und historischen Fall- und Vergleichsstudien widmeten. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen, die ohne historischen Bezug ebenso wenig auskommen wie ohne eine ideentheoretische Reflexionsebene.

Der vorliegende Band soll die dort begonnene Diskussion weiterführen und die gewonnenen Ergebnisse – ergänzt durch komplementäre Beiträge – zur Debatte stellen. Vier sich immer wieder überlagernde Motivkomplexe durchziehen sie:

Erstens rekurriert eine politiktheoretische Reflexion, die nach der Spezifik imperialer Legitimationsmuster fragt, unausweichlich auf die politische Ordnungsform der Nation, die insbesondere im 19. Jahrhundert an Attraktivität und Geltung gewinnt; eine historiographische Perspektive vermag diese idealtypische Gegenüberstellung mit der imperiengeschichtlichen Evidenz abzugleichen. *Eva Marlene Hausteiner* grenzt imperiale von nationalen Rechtfertigungsstrategien ab, indem sie die Geschichtsimaginationen beider gegenüberstellt und eine genuin imperiale Haltung zu historischen Narrativen postuliert. *Herfried Münkler* relativiert im Blick auf historische Herausforderungen an Imperien diese These, indem er Translation und Filiation als weiterhin konkurrierende Reflexionsmodi von Imperien untersucht. Der Beitrag von *Jörn Leonhard* diskutiert dieses Problemfeld imperialer Legitimation und imperialer Praxis im Spannungsfeld der beiden Ordnungsmodelle, die sich im 19. Jahrhundert in multiethnischen Imperien zunehmend nationalisiert darstellt.

Zweitens wird die Akteursfrage auf unterschiedlichen Ebenen des Legitimationsproblems virulent: Handelt es sich bei imperialer Legitimation um ein reines Elitenphänomen und, wenn ja, wie strategisch agieren diese Eliten? Wie ist das Verhältnis zwischen elitärer Legitimationsrhetorik und imperiumspolitischer Praxis? *Daniel Hildebrand* fragt in diesem Kontext in seinem Beitrag nach dem Zusammenhang zwischen imperialer Konsolidierung und Legitimation in antiken und modernen Imperien, während *Mathias Eichhorn* das imperiale Deutungsmuster der Freund-Feind-Unterscheidung in den Vereinigten Staaten von Amerika in den Blick nimmt.

Drittens erweist sich das seit der römisch-imperialen Antike die Ideengeschichte und imperiale Praxis prägende Spannungsverhältnis zwischen *imperium* und *libertas* als bis in das 21. Jahrhundert wirkmächtig: Kann es, so die von *Benedikt Stuchtey* untersuchte Reflexion der britischen Deutungselite, ein *liberal empire* geben, lassen sich also liberale Strukturen und imperiale Handlungslogik vereinbaren? Wie können sich Imperien legitimieren, die traditionell auf antiimperialen Rechtfertigungsstrategien aufbauen – kann Antiimperialität ein imperialer Legitimationsmodus sein, wie *Sebastian Huhnholz* in seiner Analyse des American-Empire-Diskurses und der Theorietradition der Internationalen Beziehungen fragt?

Viertens zeichnen sich Imperien kraft ihres exzeptionalistischen Anspruchs in ihrer Selbstlegitimierung gerade durch solche Motive und Strategien aus, die entscheidende politische Maßstäbe und Spielregeln zu den eigenen Gunsten neu definieren; die tatsächliche Reichweite von Imperialität erweist sich, so ließe sich zuspitzen, in der Tragfähigkeit solcher ambitionierten Legitimationsversuche. Wie *Christian Lekon* anhand britischer Kolonialliteratur zeigt, erstreckte sich der britische Herrschaftsanspruch nicht nur auf die Vereinnahmung von Raum, sondern auf die Re-Definiton von Zeit. *Andreas Lotz* diskutiert aus ideengeschichtlicher Perspektive und mit Bezug auf Carl Schmitt die souveräne Entscheidung von Imperien in der Bestimmung ihrer absoluten Feinde als Schurken und Piraten.

Die folgenden Beiträge gehen diesen Schlüsselproblemen imperialer Legitimierungsstrategien nach und vermessen damit ein zentrales Feld der Imperienforschung, das sich mit dem Andauern imperialer Politikstile und Rhetoriken auch im 21. Jahrhundert als relevant bewähren wird.

Literatur

- Burbank, Jane/Cooper, Frederick (2010), *Empires in World History. Power and the Politics of Difference*, Princeton.
- Burton, Antoinette M. (2003), *After the Imperial Turn. Thinking with and through the Nation*, Durham.
- Hobson, John A. (1972 [1902]), *Imperialism. A Study*, Ann Arbor.
- Kielmansegg, Peter Graf (1997 [1971]), Legitimität als analytische Kategorie, in: Wolfgang Seibel/Monika Medick-Krakau/Herfried Münkler/Michael T. Greven (Hg.), *Demokratische Politik – Analyse und Theorie. Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden, S. 62–96.

- Leonhard, Jörn/von Hirschhausen, Ulrike (2009), *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*, Göttingen.
- Maier, Charles S. (2006), *Among Empires. American Ascendancy and its Predecessors*, Cambridge/London.
- Münkler, Herfried (2005), *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin.
- (2008), Barbaren und Dämonen. Die Konstruktion des Fremden in imperialen Ordnungen, in: Jörg Baberowski/Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hg.), *Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentation sozialer Ordnungen im Wandel*, Frankfurt/New York, S. 153–189.
- Osterhammel, Jürgen (2009), *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München.
- Parchami, Ali (2009), *Hegemonic Peace and Empire. The Pax Romana, Britannica, and Americana*, London/New York.
- Scharpf, Fritz (1999), *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt/New York.
- Stuchtey, Benedikt (2010), *Die europäische Expansion und ihre Feinde. Kolonialismuskritik vom 18. bis in das 20. Jahrhundert*, München.
- Weber, Max (1980 [1921]), *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen.

Selbstvergleich und Selbstbehauptung: Die historische Imagination imperialer Eliten¹

Eva Marlene Hausteiner

»Zur Analyse politischer Systeme und politischen Handelns gehört [...] die Gedächtnisdimension unabdingbar dazu«, postuliert Helmut König in seiner erinnerungspolitischen Studie *Politik und Gedächtnis* (2008: 11). König arbeitet diese These an vier Fallbeispielen ab – dem biblischen Bund, der Hobbes'schen Vertragstheorie, nationalen und postnationalen Konstellationen. Diese Klassifizierung ist insofern unvollständig, als ein fünfter Modus politischer Vergangenheitspraxen, nämlich jener der imperialen Geschichtsreferentialisierung, nicht der Analyse unterzogen wird. Doch auch imperiales politisches Handeln bezieht sich auf Vergangenes, appropriiert Geschichte und entwirft, aus einer Reihe von Motivationen seiner Eliten heraus, historische Narrative. Mit nationalem Gedächtnis in Form des kollektiv-gemeinschaftlichen Erinnerns haben imperiale Geschichtsbezüge indes wenig gemein: In der Legitimation wie in der Selbstreflexion imperialer Herrschaft nimmt die Berufung auf historische Ereignisse und historisches Wissen eine bedeutende Rolle ein, die sich grundlegend insbesondere von nationalstaatlichen Geschichtsreferentialisierungen unterscheidet. Doch Gemeinsamkeiten existieren – nicht zuletzt, wenn es um die Selektivität und Konstruiertheit von Geschichtsbezügen geht. Wie Ernest Gellner in seiner Studie *Nations and Nationalism* (1983) weist Helmut König auf die begrenzte Bedeutung der materiellen Grundlage für ordnungs- und sinnstiftende Erinnerung hin – die erinnerte Epoche wird in den Deutungen der Erinnernden nicht allein neuen narrativen Mustern unterzogen, sondern regelrecht neu erzeugt. Der Nationalismus geht somit der Materialität der Nation voraus. Geschichte wird nicht rezipiert, sondern konstruiert und letztlich transformiert; dies gilt auch für imperiale Anverwandlungen historischer Narrative.

¹ Für wertvolle Hinweise danke ich den Teilnehmern der Tagung »Strategien imperialer Legitimation und Integration« im November 2011 sowie den Diskutanten der Forschungskolloquia »Theorie der Politik«, Humboldt-Universität zu Berlin, und »Neuere und Neueste Geschichte«, Universität Konstanz.

Und dennoch: Es ist aufschlussreich zu überprüfen, welche historische Phase, beziehungsweise welches Bild einer historischen Phase für welche rezipierende Gesellschaft oder Epoche Attraktivität entfaltet (vgl. Burrow 1981: 1). Im Folgenden sollen einige grundsätzliche und dabei idealtypisch angelegte Überlegungen über einen spezifisch imperialen Modus des Geschichtsbezugs als Legitimations- und Selbstreflexionsstrategie angestellt werden. Hierfür wird zunächst der national- und territorialstaatliche Erinnerungsmodus als Gegentypus skizziert, bevor ich Grundzüge imperialer Geschichtsappropriation entwerfe und sie anhand eines zentralen Fallbeispiels aus dem späten 19. Jahrhundert illustriere.

I

In den vergangenen Jahren – ungefähr gleichzeitig mit dem neuerlichen Bedeutungszuwachs des demokratisch verfassten Nationalstaats in der »dritten Welle« der Demokratisierung (Huntington 1991) – hat sich eine Hochkonjunktur der Forschung zu Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, Ursprungs- und Gründungsmythen von (National-)Staaten herausgebildet (vgl. grundlegend Nora 1984–1992; Assmann 2006; Münkler 2009), deren Zenit möglicherweise bereits überschritten ist. Häufig demonstrieren diese Darstellungen den Prozess nationaler Selbstkonzeption und -integration im Spiegel der Geschichte, was König folgendermaßen rechtfertigt:

»In der jüngeren Geschichte nimmt keine politische Ordnung so sehr das Gedächtnis in Anspruch wie der Nationalstaat. Die nationale Legitimation, die in Europa seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die dynastische Legitimation politischer Ordnungen ablöst, hat einen besonders großen Bedarf an Gemeinsamkeitsglauben, der wiederum durch die Erinnerung an eine gemeinsame Vergangenheit eine starke Unterstützung erfährt« (König 2008: 13).

Die gewählten Fallbeispiele der jüngeren Erinnerungskulturindustrie sind nicht grundlos der Geschichte der Flächenstaaten seit etwa dem 18. Jahrhundert bis zu den Staatsbildungen der Gegenwart entlehnt, denn in diesen Ordnungen, die prinzipiell als *imagined communities* konstituiert sind (Anderson 2006 [1983]), ist die integrative Herstellung von Zusammenhalt und die Stabilisierung und Legitimierung desselben unabdingbar. Sie sind im Resultat Erinnerungsgemeinschaften (Weber 1980 [1921]: 238) oder »communit[ies] of recollection« (Mill 1975 [1861]: 380), die auf eine aktive, oft

genug intentionale Erinnerungs- und Geschichtspolitik in Wort und Tat, also durch Rhetorik und Interpretation wie auch durch Rituale, angewiesen sind. Die Nation als *locus classicus* von Erinnerungskulturen bedarf dieser Erinnerungsstrategien und der Bezugnahmen auf eine »eigene« Vergangenheit zur Konstitution und Selbsterhaltung. Entsprechend ist zwar die Konstruktion nationalhistorischer Narrative durchaus Angelegenheit von Deutungseliten – den nationalistischen Dichtern und Denkern des frühen 19. Jahrhunderts im Deutschen Bund zum Beispiel; doch die Adressaten sind Mitglieder der imaginierten Gemeinschaft, weshalb Massenkommunikation auch eine zentrale Rolle in der Generierung und Perpetuierung historischer Narrative spielt.² Diese enge Verknüpfung von Nationalstaat und Geschichtsbezug mag auch das scheinbare Paradoxon erklären, dass einerseits der Niedergang des Nationalstaats besungen wird, also die Relativierung der Bedeutung von Nationen und institutionellen Flächenstaaten unter den Bedingungen von Globalisierung und Interdependenz (vgl. exemplarisch Leibfried/Zürn 2006; Reinhard 2007), andererseits aber beträchtliche wissenschaftliche Energien in die Erforschung eben nationalstaatlicher Geschichtspraxen investiert werden. Empirisch wie auch theoretisch-strukturell bietet die Nation die reichste Anschauung und ein evidentes Archiv für politische Referentialisierungen und Instrumentalisierungen von Vergangenheit.

Ein Schlüsselbegriff in der Auseinandersetzung um nationale Gemeinschaftsbildung ist jener der kollektiven Identität (vgl. Giesen 1991). Er zeigt ein grundlegendes Spannungsfeld in der Frage nationaler Geschichtsverhältnisse auf: Einerseits setzt die Referenz auf eine gemeinsame Geschichte ein Mindestmaß an kollektiver Identifikation voraus, andererseits generiert sie erst eine tragfähige Grundlage für ebendiese Identifikation. Die nationale Gemeinschaft ist Produkt und Nährboden historischer Imaginationen zugleich. Daher hat die Rede von europäischer Erinnerungskultur, europäischen *lieux de mémoire* etc. stets einen präskriptiven Beigeschmack: Der Aspekt der gezielten Konstruktion überwiegt das möglicherweise erforderliche Minimum an präexistierender kollektiver Gemeinsamkeit, um nicht künstlich zu wirken und steril zu bleiben. Denn ein Erfordernis für das Gelingen scheint die Glaubwürdigkeit des historischen Narrativs zu sein, um die sich jene Deutungseliten, die die klassischen Akteure nationaler Geschichtspolitik sind (König 2008: 394ff.; Münkler 2009), bemühen müssen, um nicht

² Vgl. zum Aspekt der Massenkommunikation und den technischen Voraussetzungen der Nationenbildung Anderson (2006 [1983]).

allzu artifizielle und in der Folge wenig tragfähige Gemeinschaftskonstitutionen zu verfechten.

Die Gefahr einer übermäßig evidenten Konstruiertheit steht dabei auch in Zusammenhang mit den Grundzügen, Strategien und verbreiteten Topoi nationaler Geschichtsreferentialisierung. Zentral ist nämlich die Idee der Vergemeinschaftung, also die Schaffung einer substantiell integrierten, hinsichtlich bestimmter Merkmale auch homogenen Gemeinschaft. Zu diesem Ziel wird häufig eine gemeinsame, historisch verortbare Herkunft, oft im durchaus genealogischen Sinne, betont.³ Gründungsmythen sind historische Kondensationen dieser Idee genealogischer Herkunft in einem immer wieder erzählten Schlüsselereignis – für deutsche Einigungsbestrebungen durch das ganze 19. Jahrhundert hindurch ist sicherlich der Kampf des Cheruskers Arminius ein solcher nationaler politischer Mythos, in dem sich die Behauptung von Herkunft mit dem Nachweis eines begründenden politischen Prinzips vereint, nämlich des Widerstands gegen Rom (Münkler 2009: 165–180).

Der Verweis auf eine so oder auch anders aussehende Vergangenheit, die jedenfalls den Mitgliedern der Nation ein gemeinsames Ursprungs-, Herkunfts- und Entwicklungsnarrativ bietet und je nach Reichweite und Dauerhaftigkeit als politischer Mythos gelten darf (ebd.), ist eine von mehreren Varianten der Herstellung einer stabilen Basis nationaler Gemeinschaft: »Als Minimalkonsens darf [...] gelten, daß die Konstruktion nationaler Identität als Versuch zu begreifen ist, kollektive Identität auf der Basis einer Kombination von primordialen (historischen, territorialen, sprachlichen, ethnischen) Faktoren bzw. Symbolen und politischen Grenzen herzustellen«, wie Eisenstadt zusammenfasst (1991: 21). Geschichtsevokation ist neben Religion, Sprache, Ethnie oder Territorium nur ein Instrument des ethnischen Nationalismus, der, wie in den jüngeren Debatten mit Blick auf die wechselhaften Entwicklungen der Staaten des postsowjetischen Raumes deutlich wurde, ein voraussetzungs- und nebenwirkungsreiches Unterfangen ist. Trägt man die mittlerweile klassische Unterscheidung zwischen *ethnic* und *civic nationalism* mit (vgl. Smith 2000),⁴ so muss man allerdings feststellen, dass sogar nicht-essentialistische Varianten der Nationenkonstruktion ohne die Bemühung von Herkunftsnarrativen, die eine lineare Verbindung zur zu legitimie-

3 Die Erfindung des keltischen Dichters Ossian durch den schottischen Politiker und Autor James McPherson in den 1760ern etwa löste eine emphatische Behauptung schottischer und insgesamt gälischer Ursprünge in der Spätantike aus.

4 Diese neuere Unterscheidung ist nur teilweise kompatibel mit der älteren Unterscheidung zwischen Staats- und Kulturnation.

renden Gegenwart postulieren, kaum auskommen.⁵ Die Behauptung einer gemeinsamen Herkunft, eines gemeinsamen Ursprungs oder einer gemeinsamen Vergangenheit ist für größere Gemeinschaftsbildungen ein wiederkehrendes Muster.

II

Wenn der *locus classicus* von kollektivem Gedächtnis und politisch wirksamen Geschichtsreferentialisierungen der (National-)Staat westfälischer Prägung ist, dessen Niedergang seit geraumer Zeit angekündigt und diagnostiziert wird, so bedeutet dies nicht, dass andere Staatsformen auf ein legitimatorisches oder selbstreflexives Verhältnis zur Vergangenheit verzichten können. Insbesondere imperiale Diskurse haben einen engeren Geschichtsbezug als ihre häufig exzeptionalistische Rhetorik es vermuten ließe. Der Verweis auf und die Konstruktion von historischen Narrativen spielt in Belangen der Stabilisierung durch Legitimation eine signifikante Rolle für Imperien⁶ – wenn auch in anderer Weise als in nationalstaatlichen Gebilden und eng integrierten politischen Gemeinschaften.

Für diese These ist die Annahme von grundlegender Bedeutung, dass es sich beim Imperium um eine spezifische Form politischer Ordnung handelt. Imperien unterscheiden sich strukturell – so die zentrale Prämisse der Imperientheorien des vergangenen Jahrzehnts – vom institutionalisierten Flächenstaat, obgleich historisch meist, und gerade seit dem 19. Jahrhundert, eine enge Verknüpfung beider vorliegt (vgl. Leonhard/von Hirschhausen 2009 sowie der Beitrag von Jörn Leonhard in diesem Band). Imperien ruhen fundamental auf dem Gegensatz und Zusammenhang von Zentrum und Peripherie, zwischen denen ein strukturelles Herrschaftsgefälle besteht; dies hat ausfransende, verschwimmende und halbdurchlässige Grenzen zur Folge. Imperien sind großräumig und äußerst heterogen in ihrer Bevölkerungsstruktur, was bei langfristig bestehenden Imperien seitens der einflussreichen

⁵ Zu denken ist hier einerseits an die anhaltenden Bezüge auf den amerikanischen Unabhängigkeitskampf im kollektiven Gedächtnis der USA, die auch von Hannah Arendt in dieser Weise affirmiert werden (Arendt 1963). Zum anderen beruht sogar die anti-essentialistische Idee des Verfassungspatriotismus auf der Vorstellung, dass die nationale Vergangenheit im modernen Verfassungsstaat erheblichen Einfluss auf das kollektive Zugehörigkeitsgefühl der Bürger hat und haben muss (vgl. Müller 2010).

⁶ Vgl. auch den Beitrag von Herfried Münkler in diesem Band.

Imperialeliten im Zentrum wie in der Peripherie ein elaboriertes Differenzmanagement und differenzierte Herrschaftstechniken impliziert.⁷

Der Kolonialtheoretiker Frederick Cooper spricht in solchen Konstellationen von der Notwendigkeit des »thinking like an empire« (2005: 154) – also vom Erfordernis für einflussreiche Akteure, jene imperiale Raison in der politischen Praxis zu beachten, die zur Stabilisierung und Aufdauerstellung der eigenen Ordnung eben anderes beinhaltet als nationale Staatsraison (Münkler 2005). »Thinking like an empire« beinhaltet, über die *Handlungslogik* hinaus, ganz entscheidend auch die Logik imperialer Selbstreflexion und Legitimation, also das Nachdenken über Wesen und Rolle des eigenen Imperiums, über dessen Herkunft, Rechtfertigung und Zukunftsaussichten.⁸ Nicht nur imperiale Politik und Herrschaftspraxis, sondern auch imperiale Selbstreflexion folgt spezifischen Mustern und Deutungsvarianten. Diese strukturellen Besonderheiten elitärer Debatten in Imperien hängen zwar nicht von der Selbsttitulierung als »Imperium« oder »Reich« ab, durchaus aber vom reflexiven Schritt der betreffenden Eliten, die eigene Rolle als Weltmacht wie auch die inneren Strukturen der Herrschaftsordnung evaluieren zu wollen. Die Spezifik imperialer Elitendebatten umfasst auch die Strategien imperialer Geschichtsbezüge, Deutungen und Appropriationen historischer Ereignisse und historischen Wissens.

Die Notwendigkeit und Spezifik der Muster historischer Imagination in Imperien ergibt sich daraus, dass imperiale Gebilde nicht allein aufgrund ihres Unterdrückungs- und Aggressionspotentials unter hohem Legitimations- und Selbsterklärungsdruck stehen. Imperiale Ordnungen sind in besonderem Maße künstlich formierte Gebilde, die tendenziell keinen Anspruch auf Naturalität erheben und daher in noch höherem Maße als die *imagined community* der Nation von Legitimationsnarrativen abhängig sind; diese richten sich dann freilich nicht an die Gesamtbevölkerung des Imperiums, sondern an die Bevölkerung des imperialen Kerns, oft aber auch lediglich an die leitenden Eliten. In diesen Narrativen spielt geschichtlicher Rückgriff eine zentrale Rolle; der Historiker Sheldon Pollock schreibt: »It is only by looking at past empires that people have learned how to be imperial at all,

⁷ Vgl. exemplarisch aus der mittlerweile (gerade im angloamerikanischen Raum) fest etablierten imperientheoretischen Literatur: Münkler (2005), Osterhammel (2009), Burbank/Cooper (2010).

⁸ Ann Stoler betont die Bedeutung imperialer Imagination ebenfalls: »Colonial empires were always dependent on social imaginaries, blueprints unrealized, borders never drawn, administrative categories of people and territories to which no one was sure who or what should belong« (2006: 52).

since empire is a cultural practice and not some kind of natural state« (Pollock 2006: 176; vgl. auch Pitts 2010: 226). Die elitär-diskursive Konstruktion einer imperialen Mission ist aufgrund der Künstlichkeit der Herrschaftsstruktur zentral für Imperien, mindestens in dem Maße, in dem Identitätskonstruktion für Nationen zentral ist (Pollock 2006; Pitts 2010).

Die zunächst vielleicht bekannteste, wenn auch auf den ersten Blick nur für mittelalterliche und frühneuzeitliche Imperien relevante Form imperialer Geschichtsappropriation ist jene der *translatio imperii* (Thomas 1999; vgl. auch Pocock 2003: 127 et passim; Wendehorst 2009: 878). Darin wird die Imperialität als materiell weitergegeben gedacht, das eine Imperium also als ontologisch gleich mit dem vorherigen gedeutet – wobei die Behauptung materiell-genealogischer Kontinuität zumeist von einer eschatologischen Heilsbotschaft begleitet wird: Die *translatio imperii* ist eine Konzeption der Weltgeschichte als Abfolge von Weltreichen, die auf dem Vier-Reiche-Schema des alttestamentarischen Buchs Daniel beruht. Das vierte der betreffenden Reiche als *katechón* verhindere demnach das Kommen des Antichristen. Dieser Aufhalter des Antichrist wird mit Rom identifiziert, aber in der Deutung der *translatio imperii* auf das jeweilige nach-antike Reich übertragen – letzteres sei nicht *wie* Rom, nicht Roms Nachahmer und Nachfolger, sondern es gilt als welthistorische Verlängerung des Imperium Romanum und identifiziert sich legitimationsstrategisch im ontologischen Sinne damit: Rom ist nicht untergegangen. Die kaiserliche Gewalt wird gedeutet als transferiert auf Byzanz, auf das Frankenreich etc. Dahinter steht eine streng lineare Geschichtsauffassung, bei oft sogar genealogischer Ausdeutung der ontologischen Identität. Die zentrale Funktion der *translatio imperii* ist die Legitimation in Form des Exzeptionalismusnachweises imperialer Herrschaft.⁹

Dieses Deutungsmuster ist jedoch zumeist in hohem Maße vom christlich-eschatologischen Selbstbild der Imperien abhängig; mit Säkularisierungstendenzen in den Nationalstaaten, die Kern der modernen Imperien sind,¹⁰ scheint die klassische *translatio imperii* als Legitimationsnarrativ hinfällig oder zumindest schwieriger anwendbar zu werden – allerdings ohne, dass einige ihrer Grundzüge aus den Legitimationsdiskursen der imperialen Eliten ganz verschwänden. Die Lehre von der identitären Fortsetzung von

⁹ Vgl. die schon relativ späte Anwendung dieses Motivs im Großfürstentum Moskau als »drittes Rom« (Kozyrev 2011).

¹⁰ Als klassische Beispiele gelten Großbritannien, Frankreich und die USA, im Gegensatz zu Russland oder Byzanz (vgl. für Russland Hosking 1997).

Imperialität wird abgelöst von einer säkularisierten, aber auch systematischeren Form der Geschichtsreferentialisierung, die eng mit der Beschaffenheit des Selbstverständnisses imperialer Eliten verknüpft ist. Durch selektive instrumentelle Appropriation imperialer historischer Narrative verfolgen Eliten, zumal in neuzeitlichen und modernen Imperien, zweierlei Ziele: Einerseits die direkte Rechtfertigung imperialer Herrschaft (Stoler 2006), andererseits aber auch deren Optimierung oder Effizienzsteigerung durch den Versuch des Lernens aus der Geschichte anderer Imperien, also durch ergebnisorientierte Vergleichsbildung und Imitation (Pollock 2006).¹¹ Vier Spezifika zeichnen diese geschichtsbasierte Legitimationsstrategie aus:

1) Ein Charakteristikum der instrumentellen Appropriation ist die zentrale Stellung des *Selbstvergleichs* und der Analogisierung anstelle von ontologischer Identifikation: Imperien vergleichen sich mit vergangenen Reichsbildungen, ohne aber eine Identität oder Herkunft zu postulieren.¹² Herkunftsbehauptungen fixieren identitäre Entwürfe, während Imperien nicht an Identitätsfestlegung interessiert sind, sondern ihre politische Herrschaft und Entwicklung untermauern wollen. Das Imperium ist nicht denkbar als prädestinierte oder festlegbare Gemeinschaft und steht nicht unter dem Imperativ der Vergemeinschaftung; vielmehr ist es definiert über sein sich prozessual ausbreitendes Kerngebiet sowie über seinen Charakter als »polyethnisch, multikulturell und zentrifugal« – eine imperiale »Gesamtgesellschaft« oder gar -gemeinschaft existiert nicht (Osterhammel 2009: 610, 612). Für imperiale Ordnungen als künstliche Produkte der Expansion, und nicht der Vereinigung, wäre eine Identitätsfestlegung über die Definition einer imperialen Mission oder Aufgabe hinaus potentiell kontraproduktiv. Integrationsversuche einer fixen Bevölkerung oder eines begrenzten Territoriums sind weniger attraktiv als die (Selbst-)Definition über eine dynamische Mission sowie Wohlstands- und Friedensversprechen, deren Adressatenkreis sukzessive ausweitbar und der jeweiligen Entwicklungsphase anpassbar ist. Der Vergleich des imperialen Gebildes mit anderen Imperien dagegen ist hier eine besonders erfolgversprechende Legitimationsstrategie, da so die strukturellen Dynamiken der Eroberung, des Differenzmanagements etc. gleichsam durch *Policy*-Vergleiche in den Vordergrund treten können. Es wird keine

¹¹ Auch der Anspruch der eigenen Lernfähigkeit auf historischer Grundlage kann als legitimatorisches Argument gebraucht werden; hier ist primär der Versuch des Lernens im Interesse einer – als solche wahrgenommenen – Optimierung der eigenen Politik und Herrschaft gemeint.

¹² Stephan Wendehorst konkludiert: »Im Unterschied zu Nationen kennen Imperien kein uniformes nationales Gedächtnis [...]« (2009, S. 884).

Gemeinschaft durch Kontinuitätspostulate integriert, sondern strukturbildende Politiken werden dem legitimierenden Vergleich unterzogen.

2) Wenn geschichtsbezogene Rückgriffe weniger auf Herkunftsbestimmungen als auf den imperial-imitierenden Selbstvergleich abzielen, so wirft dies die Frage nach geeigneten *Vergleichsgrößen* und somit der Vergleichbarkeit auf. Im Kern des imperialen Selbstverständnisses liegt ein nachdrücklicher Exzeptionalismus, der insbesondere einen synchronen Vergleich mit gleichzeitigen oder gar mit kleineren Mächten unattraktiv macht. Die Historikerin Ann Stoler beschreibt diesen Exzeptionalismus, indem sie für die Kolonialismusforschung fordert: »ask not only what is new [...], but why ›newness: is always a part of imperial narratives«. Imperiale Formationen gerierten sich mit Vorliebe als »states of exception«, im doppelten Wortsinne. Exzeptionalistische Argumente sind fundamentale Bestandteile des imperialen Repertoires (Stoler 2006: 54ff.). Edward Said präzisiert die Elemente dieser Auffassung, wenn er schreibt: »Every single empire in its official discourse has said that it is not like all the others, that its circumstances are special, that it has a mission to enlighten, civilize, bring order and democracy, and that it uses force only as a last resort« (zit. nach ebd: 57). Ein Vergleich mit konkurrierenden Großmächten ist in dieser weltpolitischen Konzeption wenig attraktiv.¹³ Die Suche nach Vergleichsgrößen verlagert sich für sich als »unvergleichlich« verstehende Imperien stattdessen in die Weltgeschichte: Durch den Vergleich mit vergangenen Imperien bleibt der Exzeptionalismusanspruch weitgehend gewahrt, während gleichzeitig auf den Glanz welthistorischer Mission als Legitimationsressource sowie auf politische Implikationen offen zurückgegriffen werden kann.

3) Die *Funktionalität* der Geschichtsreferentialisierung durch einen Selbstvergleich mit Imperien der Vergangenheit ist ebenfalls spezifisch und unterscheidet sich von den Rekonstruktionsversuchen einer »eigenen« Geschichte wie im nationalstaatlichen Fall: Neben dem Versuch der Legitimierung des imperialen bzw. imperialistischen Politikstils durch direkte Verweise auf Glanz und Größe vergangener Imperien steht vor allem der Versuch der Herrschaftssicherung und Effizienzsteigerung durch die Evaluierung und Appropriierung bestimmter Herrschaftsstrategien wie etwa infrastruktureller Politik, ökonomischer Regime oder Nationalitätenpolitik im Mittelpunkt imperialer historischer Imagination. Die Implikationen dieses – tatsächli-

13 Insofern ist die von Sönke Neitzel (2000) dargestellte Weltreichslehre in Debatten des 19. Jahrhunderts, die auf dem Modell weniger konkurrierender Mächte beruht, nicht mit im strengen Sinne imperialen Ansprüchen vereinbar.

chen oder vorgeblichen – Versuchs imperialer Eliten, aus historischen Präzedenzen politisch zu lernen, sind weitreichend: »The empire form was continuously re-created through historical imitation, a process that seems to have run along two axes: vertically in time (through historical memory), and historically across space« – in der Geschichte von Imperien sei, so Pollock, ein politischer Imitationsprozess beobachtbar, der regelrecht in »[i]nstitutionellen Isomorphismus« münde (Pollock 2006: 178f.).¹⁴ Imperien übernehmen voneinander erfolgreiche Herrschaftspraxen, auch über Epochengrenzen hinweg. Pollock geht also wie Jane Burbank und Frederick Cooper jüngst mit ihrer Rede von tradierten imperialen Machtrepertoires (Burbank/Cooper 2010: 3ff.) so weit, die institutionellen Folgen der »actual convergence in the development of the empire form across time and space because of the imitative dynamic of empire building« (Pollock 2006: 179) zu identifizieren. Der Wille zum Lernen aus historischen Analogien bei imperialen Eliten habe, so schlussfolgern diese Autoren, tatsächlich politische Konsequenzen von großer Tragweite und führe zu einer transhistorischen Konvergenz imperialer Politikstile.

Insbesondere aber für den Versuch historischen Lernens ist als geschichtsphilosophische Grundannahme der Glaube an die Möglichkeit historischen Fortschritts von entscheidender Bedeutung. Wenn Peter J. Bowler in *The Invention of Progress* (1989) zeigt, dass die gesamte viktorianische Debatten- und Wissenschaftslandschaft durchzogen ist vom Motiv eines gleichsam spiralförmigen Fortschrittsprozesses, in dem zyklische und lineare Geschichtsmodelle kombiniert werden, so gilt dies im Besonderen für die Argumentationen imperialer Eliten. In ihrer Rhetorik manifestiert sich dieses Modell in der Figur der Überbietung der Vergleichsgröße vor dem Hintergrund der zyklischen Imperientradition eines *rise, decline and fall*: Das gegenwärtige Imperium ist stets besser, zivilisierter, technisch versierter, stabiler etc. als andere Imperien der Weltgeschichte; die USA sind humaner als das British Empire, die Briten moralischer als die Römer, die Russen zivilisierter als die Mongolen usw. – eine welthistorische Aufgabe verbinde aber gegenwärtige und vergangene Imperialität, trotz aller Unterschiedlichkeit.

4) Wie bereits mehrfach angedeutet, sind die maßgeblichen *Akteure* imperialer Politik und Selbstreflexion imperiale Eliten. Zwar sind auch in Nationalstaaten vornehmlich Deutungseliten an der Konstruktion nationaler Geschichtsbilder und Identitäten beteiligt, doch imperiale Herrschaft ist

¹⁴ Die Begrifflichkeit des institutionellen Isomorphismus stammt aus der Theorieströmung des Neoinstitutionalismus.